

# Umgang mit Unterauftragsketten und der Rolle von Vermittlern zum Schutz der Arbeitnehmerrechte

Während der Februar-Tagung wird das Europäische Parlament voraussichtlich eine Reihe von Empfehlungen zur Bekämpfung missbräuchlicher Formen der Vergabe von Unteraufträgen und der Arbeitsvermittlung erörtern und darüber abstimmen.

## Hintergrundinformationen

Unglücksfälle am Arbeitsplatz stellen nach wie vor ein großes Problem in der Europäischen Union dar, da sich jährlich mehr als 3 000 tödliche Unfälle ereignen, die sich häufig in Branchen wie dem Baugewerbe, dem Verkehr und dem verarbeitenden Gewerbe ereignen. [Eurostat](#) zufolge wurden 2023 in der gesamten EU 3 298 tödliche Unfälle verzeichnet, wobei die Zahl der Todesopfer (Zunahme um zwölf) im Vergleich zu 2022 leicht gestiegen ist. Zudem hat [Europol](#) eindringlich vor der Unterwanderung der legalen europäischen Wirtschaft durch die organisierte Kriminalität gewarnt und festgestellt, dass 86 % der kriminellen Netze in der EU, von denen die größte Gefahr ausgeht, legale Unternehmensstrukturen nutzen, um ihre Aktivitäten zu erleichtern, Geld zu waschen und Operationen zu verschleiern, wobei Logistik, bargeldintensive Geschäftsbereiche und Bauwesen besonders betroffen sind. Lange Unterauftragsketten und missbräuchliche Praktiken der Arbeitsvermittlung erschweren es den Behörden mitunter, betrügerische oder kriminelle Akteure am Arbeitsplatz zu ermitteln.

## Maßnahmen der EU

Die Sozialpolitik fällt gemäß dem [Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union](#) in die geteilte Zuständigkeit der Union und der Mitgliedstaaten. Sowohl die EU als auch die Mitgliedstaaten haben „die Förderung der Beschäftigung und die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen“ zum Ziel. Der Spielraum für spezifische gesetzgeberische Maßnahmen ist jedoch begrenzt. Hinzu kommt, dass die Freizügigkeit der Arbeitnehmer integraler Bestandteil des [EU-Binnenmarkts](#) ist.

## Legislativer Initiativbericht des Parlaments

Am 3. Dezember 2025 nahm der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten (EMPL) seinen [Bericht](#) mit einer Reihe von Empfehlungen zur Bekämpfung missbräuchlicher Formen der Vergabe von Unteraufträgen und der Arbeitsvermittlung in der EU mit 35 [Stimmen](#) bei 20 Gegenstimmen an.

In dem Bericht wird eine EU-Strategie gegen die Ausbeutung von Arbeitskräften, einschließlich illegaler Beschäftigung und organisierter Kriminalität, sowie gegen missbräuchliche Geschäftspraktiken, einschließlich der Vergabe von Unteraufträgen, gefordert. Darin wird betont, wie wichtig eine effiziente Durchsetzung im Rahmen einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Arbeitsbehörde, Europol, den nationalen Behörden und den Sozialpartnern ist. In Bezug auf Sanktionen wird die Kommission in dem Bericht aufgefordert, für einen wirksameren Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten sowie für die gegenseitige Anerkennung strafrechtlicher Sanktionen zu sorgen. Ferner wird die Kommission aufgefordert, die Vorlage eines Vorschlags für eine Rahmenrichtlinie in Erwägung zu ziehen, mit der die Pflichten der Arbeitgeber in Bezug auf Unterauftragsketten und Arbeitsvermittlern angegangen wird. Zudem wird die in der [Entschließung](#) des Parlaments vom September 2025 zur Vergabe öffentlicher Aufträge erhobene Forderung an die Kommission bekräftigt, die Einführung einer Regelung für die gesamtschuldnerische Haftung von Wirtschaftsakteuren und Unterauftragnehmern in Erwägung zu ziehen, mit der für Transparenz in Bezug auf den Anteil des Auftrags, den der Auftragnehmer an Unterauftragnehmer zu vergeben beabsichtigt, gesorgt wird.



# EPRS      Umgang mit Unterauftragsketten und der Rolle von Vermittlern zum Schutz der Arbeitnehmerrechte

Initiativbericht: [2025/2133\(INI\)](#); federführender Ausschuss: EMPL; Verfasser der Stellungnahme: Johan Danielsson (S&D, Schweden).

---

Dieses Dokument wurde für die Mitglieder und Bediensteten des Europäischen Parlaments erarbeitet und soll ihnen als Hintergrundmaterial für ihre parlamentarische Arbeit dienen. Die Verantwortung für den Inhalt dieses Dokuments liegt ausschließlich bei dessen Verfasser/n. Die darin vertretenen Auffassungen entsprechen nicht unbedingt dem offiziellen Standpunkt des Europäischen Parlaments. Nachdruck und Übersetzung – außer zu kommerziellen Zwecken – mit Quellenangabe gestattet, sofern das Europäische Parlament vorab unterrichtet und ihm ein Exemplar übermittelt wird. © Europäische Union, 2026.

[ep@ep.europa.eu](mailto:ep@ep.europa.eu)   <https://ep.in.ep.europa.eu> (intranet)   <http://www.europarl.europa.eu/thinktank> (internet)   <http://epthinktank.eu> (blog)